

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährlich M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
bierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 8.

Donnerstag, den 11. Januar

1906.

Wenn die Industrie aufs Land geht.

In der letzten Sitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin unter Vorsitz des Stadtrats Dr. M. Weigert sprach Professor Dr. Eberhard Gothein-Heidelberg über die Dezentralisation der Industrie und die ländliche Arbeiterschaft.

Dem Agrar- und Feudalstaat des deutschen Ostens mit seinem industriellen Nisenzentrum Berlin stellte der Referent in einem lebensvoll im einzelnen ausgearbeiteten Bilde den deutschen Südwesten in seiner wirtschaftlichen Struktur gegenüber.

Wenngleich auch in Frankfurt a. M., Mannheim und Ludwigshafen die industrielle Bevölkerung stark zugenommen hat, so stufen sich doch in Baden die Standorte der Industrie gleich den „Zonen“ des „Thüringischen Staates“ bis auf 100 Kilometer Entfernung vom Zentrum aus ab. Die Industrie dezentralisiert sich hier um die großen Städte, die auf die Landarbeiterschaft angewiesen sind; eine wechselseitige Regulation städtischer und ländlicher Arbeiter findet statt. Diese Tatsache giebt auch der Sozialdemokratie in Baden, die nur 17 Proz. der Stimmen erhält, und mit Dr. David nach einer Verhöhnung von ländlicher Industrie und Kleinbesitz steht, ihr Gepräge.

Der Vortragende überblickte zunächst die historischen Voraussetzungen für die Industrie unseres Südwestens (Badens, Hessens und der Rheinpfalz). Beim fast vollständigen Fehlen der Rittergüter in diesem Gebiet waren Stadt und Land keineswegs im 18. Jahrhundert dort so abgeschlossen voneinander wie im deutschen Osten, wo durch die Akzise die Handwerker völlig vom platten Lande abgedrängt wurden. Die „Erziehung zur industriellen Arbeit“ schuf in Baden bei der ländlichen Bevölkerung Hausindustrien von eigenem Gepräge. Von Pforzheim aus ging die Bijouterieindustrie, im Dreisgau und im südlichen Schwarzwald entwickelten sich, freilich in Abhängigkeit vom Schweizer Kapital, andere Hausindustrien. Die Handelsintelligenz schuf der bäuerlichen Uhrenindustrie des mittleren Schwarzwaldes dann ihren Absatz. Nach dem Ende der Kontinentalsperre lebte diese Hausindustrie, die durch sie einen schweren Schlag erlitten hatte, wieder in anderer Form auf. Der „Zollverein“ brachte dann die vom schweizerischen Kapital noch heute abhängige badische Textilindustrie zur Entfaltung. Um Karlsruhe entstand der Maschinenbau. Seit den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts stieg Mannheim auf, das als agrarischer Umschlagplatz des Rheins vom Tabakbau und Tabakhandel abhängig war. Es entwickelte sich dort ein Eigenhandel, dem die Industrie folgte, um Mannheim zu seiner heutigen Bedeutung als Industrieplatz und als Handelsemporium zu erheben.

Die Bedingungen für die badische Industrie sind agrarisch. Alle die ländlichen Bezirke um Mannheim, die zur Industrie in Beziehung stehen, zeigen Bevölkerungszunahme, während die rein agrarischen Bezirke eher Abnahme zeigen. Die Verteilung des Grundbesitzes und die Eigentümlichkeit der Aemterverfassung im Rheintal, wonach ein bis anderthalb Morgen des Gemeinlandes abwechselnd zur Benutzung ausgegeben wird, hat die dortige Bevölkerung in hohem Grade bodenschonend gemacht und sie zugleich, da der Bodenertrag allein ihren Bedürfnissen nicht genügt, zur Hausindustrie geführt. Die geschlossenen Höflichkeit des Schwarzwaldes mit ihrem Minorat, die zum Absterben der Hausindustrie und zur Entstehung von städtischem Proletariat, wie etwa in Lahr, geführt haben, sind nur Ausnahmen. Im industriell dicht besiedelten Gebiete besteht heute noch die Almende.

Deshalb sind die modernen Verkehrsverhältnisse — die Arbeiterzüge werden in Pforzheim täglich von mehr als 4000 Personen benutzt, die aus der ländlichen Umgebung zur Stadt kommen und sie am Abend wieder verlassen — eine Lebensbedingung für Badens Industrie. Die Lebensführung des badischen Arbeiters wird zum Teil noch durch seinen halb ländlichen Charakter bedingt. Wenngleich in den großen Zentren keine günstigen Wohnungsverhältnisse bestehen, so sind doch um Mannheim noch viele Arbeiter und Handwerker Hausbesitzer.

Der Referent ging im einzelnen auf die Konzentration der großen Industrien über, neben denen sich noch kleinste Betriebe, wie die Lohmüllerei, deshalb halten, weil der Bauer sein eigenes Getreide von dort als Mehl nimmt. Der Maschinenbau und die gewaltige chemische Industrie mit ihren hochqualifizierten Arbeitern sind städtisch, dagegen finden sich industrielle Inseln, so in der Spiegelmanufaktur, in ländlichen Bezirken. Naturgemäß muß die Industrie bei der An-

lage ihrer Etablissements vornehmlich die Höhe der Arbeitslöhne berücksichtigen, die in Baden sehr ungleichmäßig sind, Männer- und Frauenlöhne weichen stark voneinander ab.

Da die Zufuhr der Arbeiter nach dem Hauptplatz der Industrie das Entscheidende ist, so stützt sich die Qualifikation der Arbeiter mit der Entfernung ihres Wohnsitzes vom Hauptplatze ab. Das badische Maurergewerbe ist noch rein ländlich. Dagegen bietet Pforzheim mit seinen 18000 hochqualifizierten, in vier- bis fünfjähriger Lehrzeit ausgebildeten Bijouteriearbeitern ein großartiges Beispiel für Dezentralisation einer Industrie, denn in dieser, stark den Krisen unterworfenen, auf Mode und Saison angewiesenen Industrie, die selbst von Kabinettsministern mit zwanzig, höchstens mit hundert Arbeitern betrieben wird, während ihr die Doublettenplatten von Riesenwerken geliefert werden, sind drei Viertel der Arbeiter zugleich Landarbeiter, nur 39 Prozent wohnen in Pforzheim, die übrigen 5 bis 10 Kilometer entfernt, die Frauen zumeist am weitesten.

In neuester Zeit hat sich die billige Uhrenfabrikation als Hausindustrie in Dörfern des Odenwaldes entwickelt; die elektrischen Kraftanlagen in Säckingen und Rheinfelden haben dort eine Seidenindustrie als Hausindustrie ins Leben gerufen, durch schweizerisches Kapital gegründet. In den rein agrarischen Gegenden freilich, wo im Winter keine Arbeit ist, werden die St. Galler und Appenzeller Stickerien mit wahren Hungerlöhnen hausindustriell hergestellt. Dennoch muß die Hausindustrie als Bahnbrecher der Industrie angesehen werden, da sie die Massen erst in Bewegung setzt. Die Steinhauindustrie des Odenwaldes ist nach der Produktionsstätte, die Zementindustrie ist aus Heidelberg aufs Land, die Wäscherei, nur von Frauen betrieben, aus Mannheim in die Dörfer des Odenwaldes ausgewandert, endlich die Zigarrenindustrie, die 19 Prozent aller Arbeiter Badens und 43 Prozent seiner weiblichen Arbeiter beschäftigt, ist aus Mannheim in die Dörfer mit Almendenverfassung nach der Haardt ausgewandert und hat hier Wohlstand geschaffen.

Baden mit seiner industriellen Dezentralisation ist das klassische Land der Fabrikinspektion, um die sich Wörthhöfer ebenso wie um die Sozialstatistik verdient gemacht hat. Es stellt einen eigenartigen Typus der modernen Entwicklung dar, deren Ursachen zu ergründen die eigentliche Aufgabe der Wissenschaft ist.

Rundschau.

Sein Molke. In der Frankf. Ztg. wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich die halbamtliche Erklärung der Nordd. Allg. Ztg. gegen die angebliche Aeußerung des Kaisers über den Grafen Molke II. als Generalstabchef tatsächlich gegen den „Simplizissimus“ richtete. In diesem Blatte habe schon am 3. Jan. 1905 folgender Scherz gestanden:

Sein Molke.

„Wollen Sie mein Generalstabschef, mein Molke werden, lieber Graf?“ — „Halten zu Gnaden, ich fühle mich zu gebrechlich für einen so verantwortungsvollen Posten.“ — „Na, hören Sie mal, das bischen Friedensarbeit werden Sie schon noch bewältigen, und im Krieg mache ich ja doch alles selber.“

Im übrigen wird in einem aus Berlin stammenden Artikel der Frankf. Ztg. ausgeführt: daß Generalleutnant v. Molke ursprünglich gebeten habe, von seiner Berufung auf den Posten des Generalstabschefs abzusehen, sei so gut beglaubigt, daß das Dementi nur das Werk, aber nicht die einfache Tatsache treffe. Der Schw. M. kann zur Bestätigung dieser Berliner Nachricht hinzufügen, daß auch nach seinen Informationen Graf Molke erst nach vielem Zureden von seiten des Kaisers sich zur Uebernahme des verantwortungsvollen Postens entschlossen hat. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß das Wort sofort für echt gelten konnte und fast von der gesamten Presse übernommen wurde.

Der Breslauer Oberbürgermeister, Herr Bendor, hat zwei Führer einer Deputation, städtischer Arbeiter, die bei ihm wegen einer Teuerungszulage vorstellig wurden, kurzerhand aus dem städtischen Dienst entlassen. Der Jüwit, der von der Breslauer Arbeiterschaft sofort aufgenommen wurde, hat sich nun weiter verschärft. Auch die drei anderen Mitglieder der Arbeiterdeputation, die bei dem Oberbürgermeister eine Teuerungszulage nachsuchte, Mohaupt, Bauch und Wischhof haben ihre Kündigung erhalten, weil sie, wie es in einem Schreiben des Magistrats heißt, der am 3. Januar in öffentlicher Versammlung gefaßten Resolu-

tion zugestimmt haben, in der es unter anderem mit Beziehung auf die vom Oberbürgermeister angeordnete Entlassung der beiden anderen Arbeiter hieß: „Die Arbeiter erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister und die übrigen Mitglieder des Magistrats über ihr koalitionsfeindliches Verhalten zur Rechenschaft zieht und die brutal Hinausgeworfenen wieder einstellt.“

Die Berliner „Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Wenn Herr Bendor glaubt, daß er auf dem von ihm beliebten Wege Ruhe und Frieden im Hause erreichen wird, so wird er sich gründlich irren. Daß die Breslauer Stadtverordnetenversammlung Herrn Bendor die Frage vorlegt, wie er hat glauben können, durch seine in der „Audienz“ befolgte Methode zum sozialen Frieden beizutragen, das halten wir für selbstverständlich. Hoffentlich gibt es in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung Männer genug, die Herrn Bendor deutlich zu verstehen geben, daß sie mit seiner Haltung gegenüber der städtischen Arbeiterschaft ganz und gar nicht zufrieden sind.“

Die Pofener Spionageaffäre. Im Laufe der Untersuchung in der Behrend'schen Waffendiebstahl und Spionageaffäre wurde nachgewiesen, daß Unteroffiziere vieler Garnisonen im Osten, auch in München und Reg. darin verwickelt sind. Verhaftungen wurden in Posen, Hohensalza, Bromberg, Graudenz und Königsberg bei den Regimentern 6, 46, 47, 134, 140 vorgenommen. Die Verhafteten belastet sich gegenständig. Althändler Behrend kaufte Waffen von Unteroffizieren auf, der Händler Loll aus Grünberg besorgte den Weitertrieb nach dem Ausland, besonders nach Russland. Es handelte sich namentlich um scharfe Patronen und das Infanteriegewehr 98. Letzteres wurde auch an das Pariser Spionagebureau geliefert.

Ein Kriminalkommissar wurde in der Behrend'schen Affäre auf neue Verdachtsgründe hin nach Gdansk entsandt, um dort ein Hehlernezt aufzudecken.

Die Aufnahme des Marokko-Weißbuchs in Frankreich und England ist eine ziemlich günstige. Der würdige Ton des Weißbuchs, die Sachlichkeit der Darstellung und die verbindliche Haltung gegenüber dem Kabinett Kowier werden in fast allen führenden Blättern anerkannt; nur der Figaro bezeichnet das Weißbuch als eine mittelmäßige Antwort auf das französische Gelbbuch. Der Gaulois schreibt, man sage sich in Berlin, daß sich die deutsche Regierung im Weißbuch bei der Verteidigung der Marokko-Politik freiwillig viele Schranken auferlegt habe, um nicht die alten Streitigkeiten von neuem anzufachen.

Auch die englische Presse äußert sich in anerkennender Weise über das Buch. Hinsichtlich der mutmaßlichen Dauer der Marokko-Konferenz herrscht, wie die Wiener Politische Korrespondenz erfährt, die Meinung vor, daß die Konferenz selbst im günstigsten Falle volle 6 Wochen beanspruchen dürfte.

Ein Vorspiel zur französischen Präsidentenwahl. Aus Paris wird vom 9. gemeldet: Bei der Wahl des Kammer-Präsidenten antworteten 563 Abgeordnete auf den Namensaufruf. Es fehlen also 28 Abgeordnete. (Die Kammer zählt im ganzen 591 Sitze.) Der bisherige Präsident Doumer erhielt 287 Stimmen, Sarrien 269 Stimmen: Doumer ist also wiedergewählt. Der Anhang Doumers hat sich seit dem vorigen Jahre trotz seiner lebhaften Agitation nicht erhöht. Damals hatte Doumer 26 Stimmen mehr als Brisson, jetzt beträgt seine Majorität nur 18 Stimmen. Man darf nach dem heutigen Ergebnis voraussagen, daß bei der Wahl des Präsidenten der Republik in acht Tagen Doumer etwa 400 Stimmen erhalten kann, während für Fallières etwa 430 Stimmen sicher sind.

Tages-Chronik.

Berlin, 9. Jan. Dem Reichstage ging der 4. Nachtrag zum Kolonialetat zu. Derselbe fordert 30,600,000 M. zur Dedung des Mehrbedarfs für Südwestafrika. Ferner ging dem Reichstage ein Gesetzentwurf zu betreffend die Reichsgarantie für den Bahnbau von Duala nach den Manenguba-Bergen.

Berlin, 9. Jan. Der „Aktionsausschuß“ kündigt im „Vorwärts“ für Sonntag den 21. Jan. 12 Uhr mittags in Berlin und Vororten eine Protestversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtage an.

Berlin, 9. Jan. Der Deutsche Gastwirteverband, der rund 92000 Mitglieder zählt, nahm in

einer stark besuchten Versammlung eine Protestresolution gegen die Brausteuern an.

Berlin, 9. Jan. Aus Madrid meldet das Berl. Tagebl.: Die spanische Presse hatte dieser Tage einstimmig das französische Vordringen bei Melilla verurteilt. Daraufhin laufen hier Pariser Botschaftstelegramme ein, worin die spanische Rente mit Boykott bedroht wird, wenn die Presse sich den Wünschen Frankreichs in der Marokkofrage widersetze.

Berlin, 10. Jan. Das Befinden des von einem Schlaganfall betroffenen Staatssekretär von Richthofen ist unverändert. Der Patient ist noch immer bewusstlos. — Der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten Thiele ist gestorben.

Berlin, 10. Jan. In Breslau wurde auf dem Stiftungsfest des Vereins christlicher Referendare ein antizemitisches Scherzlied gesungen. Wie die Breslauer Zeitung erfährt, hat der preussische Justizminister den Oberlandesgerichtsrat Adermann in Breslau mit der disziplinarischen Voruntersuchung der Angelegenheit beauftragt. Das Verfahren richtet sich gegen Landgerichtsrat Hoffmann als den vermeintlichen Verfasser des Lieds und eventuell gegen den Vereinsvorstand.

Dresden, 9. Jan. Die Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen betrug nach der letzten Volkszählung 4 501 853, 299 637 oder 6,66 Proz. mehr als 1900. Im vorletzten Jahrzehnt betrug der Zuwachs 10,9 Prozent.

Heidelberg, 6. Jan. Der Stadtrat läßt dem Bürgerausschuß eine Vorlage über die Erbauung einer Bergbahn auf den Königsstuhl zugehen. — Die auf die Aufhebung des seit August v. J. vermißten Schuldirektors Thomas Reid aus Paisley (Schottland) ausgelegte Belohnung von 5000 M. ist am 3. Januar zurückgenommen worden. Man scheint demnach endgültig die Hoffnung auf das Auffinden des Verschwindenen aufgegeben zu haben.

Aus der Pfalz, 8. Jan. Infolge der vielfachen Weinprozesse herrscht unter den Weinbauern am ganzen Nordrheingebirge eine große Erregung. Es wurde eine Petition an den Reichstag abgehandelt, in der um Einführung der Kellerkontrolle in ganz Deutschland und Einführung des Buchungszwangs ersucht wird. — Zum Prozeß Sartorius bringt übrigens die „Kerfale“, „Augeburger Postzeit.“ nachträglich einen Kommentar, der allgemeines Interesse verdient. Das Blatt schreibt: „Das Urteil überrascht uns gar nicht, und wenn dieses einträgliche Geschäft ruiniert würde, so überraschte uns auch dies nicht, und zwar wegen eines noch besonderen Grundes. Trägt doch die Firma des aus Pfaffen nach Rulbach durch Heirat verzogenen Sartorius als Marke das Johanniterkreuz und zwar deswegen, weil das jetzige Sartorius'sche Gut Kirchengut des Johanniterordens gewesen ist. Die französische Regierung ließ dieses Gut bei der großen Revolution in Mainz versteigern, um Assignaten (Papiergeld) daraus zu machen — und siehe, jetzt ist es in vierter Hand! Länger tut aber Kirchengut kaum gut.“ — Der Herr Abg. Sartorius wird, so bemerkt die Tägl. Rdsch., gut tun, diese Darlegung, wonach über seinem Wein die Fluch des Himmels lag und er persönlich also für die bösen Vorkommnisse gar nicht verantwortlich ist, bei der Revision vor dem Reichsgericht geltend zu machen. (Sartorius hat auf die Revision verzichtet, vermutlich weil er annahm, daß das Reichsgericht sein Urteil auf andere Gründe aufbaut, als auf die im Himmel gültigen.)

Madrid, 9. Jan. Der spanische Botschafter beim päpstlichen Stuhl ist hier eingetroffen und hat den päpstlichen Dispens überbracht, in dem die Erlaubnis zur Heirat der Infantin Maria Theresia mit ihrem Vetter, dem Prinzen Ferdinand von Bayern, ausgesprochen wird.

New-York, 9. Jan. Senator Bacon legte den Beschlus antrag vor, der Roosevelt auffordert, Aufklärung zu geben, warum sich Amerika in die Marokko-Affäre einmische.

Shanghai, 10. Jan. Die von den europäischen Kriegsschiffen ausgeschifften Schutzwachen wurden zurückgezogen, da der Zustand in der Stadt wieder normal ist.

Zu der Mühlburger Liebesaffäre ist noch zu melden, daß das Mädchen an den erlittenen Verletzungen gestorben ist. Die Tat geschah nicht im Einverständnis des Mädchens, sondern der Liebhaber erschloß dieses aus Eifersucht.

Die Boss. Ztg. meldet aus Freiburg i. Br.: Das vielbesuchte Schwarzwald-Kurhaus z. Adler in Mennenschwand bei St. Blasien ist vollständig niedergebrannt.

Wie die „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ mitteilt, hat in Friedrichstal der Arbeiter Schneider nach einem kurzen Wortwechsel seine Tochter durch einen Revolverbeschuss sehr schwer verletzt und sich dann selbst erschossen. Das Motiv der Tat ist noch unbekannt.

Der Untermain trat über die Ufer und gefährdet die angrenzenden Gegenden. Der Bahnverkehr ist teilweise gestört.

Ein Großfeuer vernichtete die oberen Räume der Zavierfabrik von J. E. Richter in Leipzig-Neustadt. Der Schaden an fertigen Waren ist sehr erheblich. Der Betrieb wird in den unteren Räumen aufrecht erhalten. (Nach einer anderen Meldung hat das Feuer nur Waren vernichtet und wird der Betrieb vollständig aufrechterhalten.)

Der frühere Generalstabschef der sächsischen Armee, Generalmajor Barth, Kommandant der 6. Infanteriebrigade Nr. 64, erlitt in Dresden dadurch einen Unfall, daß sein Pferd von einem Straßenbahnwagen angefahren und umgerissen wurde. An den Beinen und Augen verletzt, wurde der General nach seiner Wohnung verbracht.

Der Landwirt Reff in Herrweiler bei Straßburg i. El. verlor auf der Jagd seinen eigenen Sohn tödlich.

Bei der Drahtseilbahn in Paris verunglückte, als sie die Rue Cassette passierte, die Bremse, jodaß der Wagen in voller Schnelligkeit dahinfuhr. Die erschreckten Reisenden sprangen aus dem Wagen. 15 wurden ver-

letzt; der Zustand von dreien ist hoffnungslos. Als später die Bremse wieder funktionierte, konnte der Wagen zum Stehen gebracht werden.

In Bordeaux traf aus New-York der deutsche Dampfer Frida ein, der berichtet, daß er eine sehr stürmische Ueberfahrt gehabt habe. Am 3. ergoß sich während eines furchtbaren Sturms eine Sturzflut über das ganze Schiff. 3 Mann der Besatzung ertranken, dem zweiten Offizier wurde das Bein gebrochen. 129 Fässer Petroleum, die auf Deck verladen waren, gingen über Bord. Das Schiff ist nur leicht beschädigt.

Der Stampa zufolge sollen in der staatlichen Waffenfabrik Krazujevaz bei Belgrad große Waffendiebstähle entdeckt worden sein. Die Diebstähle seien angeblich im Einvernehmen mit dem Direktor verübt und die entwendeten Gewehre zu hohen Preisen an Albanen verkauft worden. Der Direktor, sowie ein an den Diebstählen beteiligter Büchsenmacher sind verhaftet worden.

In Sydnay herrscht enorme Hitze, wodurch zahlreiche Brände in der Provinz verursacht wurden. Bei Forbes brennen dreihundert Quadratmeilen, bei Gundagai tausende Acker Biesenland. Die Verluste sind bedeutend. Zahlreiche Sonnenstiche und über zwölf tödliche Hitzschläge sind gemeldet worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Jan. Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung und wünscht den Abgeordneten ein glückliches, neues Jahr. Am Bundesratstisch ist Staatssekretär v. Stengel erschienen. Auf der Tagesordnung steht die Reichsfinanzreform nebst den Steuervorlagen. Staatssekretär v. Stengel sagt, wünschenswert sei eine möglichst schnelle Ueberweisung der Steuervorlagen an die Kommission, da dort eine Verständigung leichter zu erzielen sei. Die Regierung wünsche selbstverständlich, die Steuern möglichst wenig drückend für die betr. Industrien zu gestalten. Dies werde sich durch ein Zusammenwirken der staatsrechtlichen Parteien mit der Regierung erreichen lassen.

Abg. Sped. (Ztr.) hat gegen Ueberschüsse Bedenken und sagt, wir wollen nicht mehr Steuern bewilligen, als unbedingt notwendig sind. Bei den neuen Steuervorlagen kämen die Steuern auf die schwachen Schultern zu liegen. Durch die Tabaksteuer werde die 5 Pfennig-Zigarre und der Rippentabak fast ebenso belastet wie die Importzigarre. Bei der Quittungssteuer zahle der arme Mann, der eine Quittung über 20 M. ausstellt, ebensowiel Steuern wie der reiche Mann für eine Quittung über 20 000 M. Ungerecht ist ferner der Stempel auf Postanweisungen und Fahrkarten. Bei der Brausteuern ist die vorgeschlagene Staffelung zweifellos viel zu gering. Wenn die Staffelung wirksam gestaltet werden soll, müssen die Großbrauer vom ersten Litter an, das sie brauen, höher besteuert werden. Die Erhöhung der Brausteuern wird auf die Finanzen der süddeutschen Staaten nachteilig einwirken, denn ihre Ausgleichsabgaben an das Reich bedeuten für sie eine direkte Belastung, während die Erhöhung der Brausteuern in der (norddeutschen) Braugemeinschaft als eine rein indirekte Steuer wirkt. Auch die vorgeschlagene Ausgestaltung der Erbschaftsteuer hat ihre Bedenken. Die Großkapitalisten legen heute schon ihre Gelder wenigstens teilweise bei der Bank von England oder bei der Bank von Frankreich an. Sie können die Depots einfach umschreiben lassen, also die Erbschaftsteuer umgehen. Die von den Zentrumrednern bei der Generaldebatte befürwortete Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ist nur für den äußersten Notfall gedacht und nur für die ganz großen Vermögen. Wegen einer Beschränkung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten und ihre Wirkung nach oben haben wir schwere Bedenken. Die Inanspruchnahme der Erträge der Erbschaftsteuer seitens des Reiches bis zu $\frac{1}{3}$ soll zwar ein beweglicher Faktor sein, wird aber bald unbeweglich sein, wobei dann der Reichstag nicht mehr mitzubestimmen hätte. Wenn in der Bezeichnung der Steuervorlagen als Ganzes die Drohung liege, den Reichstag eventuell aufzulösen, so wäre diese Drohung nicht weiter ernst zu nehmen. Wir haben gegenwärtig gar keine Veranlassung, der Regierung mehr entgegenzukommen, als unbedingt notwendig ist. Der Redner beantragt schließlich, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Singer (Soz.) spricht sich gegen eine Begrenzung der Matrikularbeiträge aus. Von dem ganzen Steuerbudget sei für seine Partei nur die Erbschaftsteuer annehmbar. Alle Reichsausgaben könnten durch sie in Verbindung mit einer Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer gedeckt werden. Seine Partei sei für eine progressive Erbschaftsteuer von 2 Proz. bei M. 10 000 aufwärts bis zu 20 Proz. bei 1 Million M.

Abg. Büsing (natl.): Ganze Arbeit müsse gemacht werden, damit wir uns nicht in einigen Jahren wieder in Finanznot befinden. Eine planmäßige Tilgung der Reichsschuld ist vor allem notwendig. Die verbündeten Regierungen tragen die Schuld allein, wenn sie die Reform scheitern lassen, falls einzelne Steuern nicht angenommen werden. § 6 des Flottengesetzes sei kein Programm, sondern eine Gelegenheitsbestimmung. (Zuruf Bebel: Verlegenheitsbestimmung!) Der Brausteuern stehe er günstig gegenüber. Wenn man an die große Selbststeuerung des Publikums durch Trinkgelder denke, erscheine die Brausteuern wohl erträglich. An der Rohstoffsteuer wird sich nichts ändern lassen, aber der Zoll auf ausländische Tabakfabrikate kann sehr wesentlich erhöht werden. Mit der Zigarettensteuer sind wir einverstanden, dagegen nicht mit einer Steuer auf Frachtkunden, Ladefcheine, Paketadressen und Gepäckscheine. Die Heranziehung der 4. Klasse zur Personensahrfahrtensteuer ist ganz ungerechtfertigt. Ich schlage vor: 1 Pfg. für die 1. Klasse, $\frac{1}{2}$ Pfg. für die 2. Klasse und $\frac{1}{4}$ Pfg. für die 3. Klasse pro Kilom. Ueber die Automobilsteuer können wir uns in der Kommission unterhalten. Die Quittungssteuer ist unannehmbar. Bezüglich der Erbschaftsteuer schlage ich vor, bei Erbansfällen an Descendenten und Ehegatten nur die Vermögen bis zu 20

bis 30 000 M. freizulassen. So könnte die Erbschaftsteuer 200 Millionen erbringen, und bei progressiver Gestaltung vielleicht noch 100 Millionen. Da sie aber noch nicht ausreichen, werden wir in der Kommission gerne mitarbeiten an der Schaffung anderer Steuern. (Lebhafter Beifall). — Fortsetzung Mittwoch 1 Uhr.

Die Rußen in Rußland.

Die Lage in Rußland.

In den Ostprovinzen geht die Regierung jetzt ganz energisch gegen die Räuberbanden der Letten vor. Generalgouverneur Sollohub hat bekannt gemacht, daß er beim Niederbrennen eines Gutes alle Bauernhöfe im Umkreise von 25 Kilometern durch Truppen niederbrennen lassen werde; ebenso hat er bekannt gemacht, daß die Bauern für die Unantastbarkeit der Monopolbuden haften. — In Kofow am Don mußte der Kriegszustand verhängt werden. Der Vorort Temernite wurde am Montag von Kosaken besetzt, nachdem er 6 Tage lang von Artillerie und Infanterie beschossen worden war.

Von der deutschen Grenze.

Der „Kosakanz.“ meldet aus Kattowitz: 2 Kosaken, die auf der Eisbahn in Strichemeschize 4 Studenten verhaften wollten, wurden von Arbeitern getötet. Zwischen der hinzukommenden Kosakenverstärkung und der Arbeitermenge kam es zu einem regelrechten Gewehrfeuer. 3 Kosaken und 3 Arbeiter wurden getötet.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten. Verliehen: Dem Kollegialmitglied der Zentralstelle für die Landwirtschaft Regierungsassessor Gauger den Titel eines Landesökonomierats; dem Kollegialmitglied der Zentralstelle für Gewerbe und Handel Regierungsassessor Kläber den Titel eines Baupinspektors.

In den Ruhestand versetzt: Der titulierte Regierungsassessor Seitz bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft seinem Rufe entsprechend, unter Verteilung des Titels und Rangs eines Regierungsrats.

Parlamentarisches. Eine Denkschrift der Regierung betreffend die Frage der Gleichberechtigung der beiden Kammern der Ständeversammlung bei der Beschlußfassung über die Aufnahme von Anleihen und über die Veräußerung von Bestandteilen des Kammerguts, ist dem Präsidium des Ständesausschusses heute zugegangen. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die Veräußerung von Bestandteilen des Kammerguts und die Aufnahme von Anleihen nicht unter den Begriff der Abgabenerwilligung im Sinne der Verfassungsurkunde fallen, daß die bevorrechtigte Stellung der Abgeordnetenkammer bei ihnen daher nicht Platz greift, vielmehr beide Kammern über die Maßnahmen der bezeichneten Art mit gleichem Rechte beschließen. — Die Denkschrift umfaßt auf 14 Seiten eingehende Darlegungen über die maßgebenden verfassungsrechtlichen Vorschriften, sowie über die in der Praxis der gesetzgebenden Faktoren zum Ausdruck gekommenen Rechtsanschauungen.

Stuttgart, 9. Jan. Mit Schreiben des Staatsministeriums vom 8. d. M. ist dem Präsidium des Ständesausschusses der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewerbe- und Handlungsschulen zugegangen.

Stuttgart, 9. Jan. Wie im Staatsanzeiger bekannt gegeben wird, ist im Finanzdepartement den Kollegialassessoren der Titel Oberinsanzamtmannt verliehen worden. Die Verordnungen der k. Entschließung, wozu nach den bisherigen Regierungsassessoren beim Ministerium des Innern, bei den Landeskollegien und Kreisregierungen, sowie bei der Stadtdirektion Stuttgart und den Oberämtern Ulm und Heilbronn der Titel „Oberamtmannt“ verliehen wird steht, wie wir hören, unmittelbar bevor.

Degerloch, 10. Jan. Aus dem Konkurs des früheren Gemeindepfleger Frech erhielt die hiesige Gemeinde in den letzten Tagen die Summe von 6000 M. oder 39 Proz. des unterschlagenen Betrags ausbezahlt. — Auf einer in Wöhringen gehaltenen Amtsversammlung wurde bezüglich der Eingemeindung von Degerloch nach Stuttgart nach teilweiser erregter Erörterung beschlossen, für das Ausscheiden Degerlochs aus dem Amtsverband eine Entschädigungssumme von 50 000 M. zu verlangen.

Leonberg, 9. Jan. Unter den hier neugewählten Gemeinderatsmitgliedern befindet sich Oberamtspfleger Rütth. Dem Vernehmen nach soll nun der Amtsversammlungsausschuß auf Grund des Dienstvertrags, wonach dem Oberamtspfleger die Ausübung einer Nebenbeschäftigung untersagt ist, sich auf den Standpunkt stellen, daß der Beamte auf den Eintritt ins Kollegium der Oberamtsstadt zu verzichten habe. Auf den Entschluß der höheren Behörde, die angerufen wurde, ist man hier sehr gespannt.

Murrhardt, 8. Jan. Bei einer Versammlung hies. Gewerbetreibender, die am Sonntag nachmittag hier stattfand, erklärten etwa 30 Handwerker der Holzbranche ihren Beitritt zu einer Werkgenossenschaft, die sich durch die Wahl eines Vorstandes sofort konstituierte und die Erziehung eines Kraftbetriebs der Holzbearbeitung beschloß. Da es sich voraussichtlich um Gasantriebsbetrieb handelt, so wäre mit dem unzweifelhaften Gelingen des Plans auch der demnach in Betrieb tretenden neuerrichteten Gasfabrik um so größere Rentabilität gesichert.

Zum Raubmord in Vetsch liegen lt. N. Tzbl. immer noch keine sicheren Nachrichten über die Ergreifung des Täters vor. Aus verschiedenen Orten wird von Verhaftungen berichtet; es scheint sich aber überall um andere Personen zu handeln. Auch der kürzlich in Altmstadt verhaftete Elektromonteur konnte sein Alibi nachweisen.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung an dem in der Nacht vom Sonntag auf Montag in Merklingen O. Leonberg ausgebrochenen Brande, dem drei Scheuern und ein Wohnhaus zum Opfer gefallen sind, wurde der Maurer Kieringer verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Stuttgart eingeliefert.

Dem Vernehmen nach werden 2 Ulmer Herren, die am Sonntag von der Ulmer Hütte aus (auf den Höhen zwischen St. Anton und Stuben, in der Nähe der

Aus Stadt und Umgebung.

Wildbad, 10. Jan. Di. untern 9. ds. im Schwäb. Merkur und noch anderen Blättern gebrachte Notiz, daß an der Eisenbahnlinie Calmbach-Wildbad von böswilligen Tätern Demolierungen an dem Bahnkörper verübt worden seien, ist dahin richtig zu stellen, daß die Beschädigungen unmittelbar bei der Station Calmbach und auf Markung Calmbach erfolgt sind, Täter von Wildbad also kaum in Betracht kommen können.

Langenbrand, 8. Januar. Bei der heutigen Ortsvorsteherwahl wurde Kirchenpfleger Friedrich Kentschler gewählt. Die Beteiligung an der Wahl war eine äußerst

rege. Von 92 Wahlberechtigten haben 89 abgestimmt. Kentschler erhielt 79 Stimmen.

Lezte Nachrichten.

Berlin, 10. Jan. Das Befinden des Staatssekretärs Fehren. von Richthofen hat sich derart verschlimmert, daß mit dem baldigen Ableben des Patienten gerechnet werden muß. Der Kaiser beorderte seinen neuernannten Generalarzt, von Zeit zu Zeit bei dem Kranken vorzusprechen.

Paris, 10. Jan. Der Ministerrat wird übermorgen den Zeitpunkt der Konferenz in Versailles zur Wahl des Präsidenten der Republik endgültig festsetzen. Die Regierung schwankt zwischen dem 16. und 17. Januar.

Odeffa, 10. Jan. Nachdem über das Gouvernement Cherson der Kriegszustand vorhängt worden war, ist dort dank dem energischen Vorgehen der Truppen die Ruhe wieder hergestellt. In verschiedenen Orten geben die Bauern das geraubte Gut zurück. Die Eisenbahnen sind regelmäßig im Betrieb. Eine Dynamitniederlage wurde hier entdeckt, viele Waffen wurden beschlagnahmt und eine Anzahl Aufständischer verhaftet. Im Kohlenbezirk verkehren die Züge ebenfalls.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: E. Reinhardt dajelbst.

Bekanntmachung

betreffend

die Anmeldung d. Militärpflichtigen

zur

Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle.

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung Par. 25 und 45 ff. wird folgendes bekannt gemacht:

I. Zum Zweck der Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle haben sich in der Zeit

vom 15. Januar bis 1. Februar 1906

bei der Ortsbehörde zu melden:

1. **Alle im Kalenderjahr 1886 Geborenen** und daher mit dem Beginn des Jahres 1906 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem Deutschen Reiche angehören (einschließlich derjenigen, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt haben und ihre Zurückstellung nicht beantragen). Diese haben bei der Anmeldung **ihr Geburtszeugnis** vorzulegen sofern die Anmeldung nicht in ihrem Geburtsort selbst erfolgt.

2. **Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen** und zwar so lange, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist. Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Ausschließungsgründe, wegen zeitiger Untauglichkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse oder als überzählig Zurückgestellten.

Diese Anmeldepflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahre erhaltenen **Losungsschein** vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in Betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, des Standes etc.) dabei anzuzeigen.

Befreit von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Ersatzbehörden ausdrücklich hiervon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

3. **Eingewanderte**, bei früheren Aushebungen Ubergangene etc. (R.M.G. Par. 11), welche in militärpflichtigen Alter stehen.

II. Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen **dauernden Aufenthalt** hat. Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt, ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daher haben sich **Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Dienstboten** und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem anderen Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasiasten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Orte der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen den Fall, daß sie ihre Wohnung an einem anderen Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines **Wohnsitzes**, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem er noch nicht selbstständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt noch einen Wohnsitz hat, hat sich an seinem **Geburtsort** und, wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter den letzten Wohnsitz hatten.

III. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. II zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf Reise begriffene Handlungsdiener, auf See befindliche Seeleute etc.) so haben ihre **Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren** die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

IV. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem anderen Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dies behufs Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, **spätestens innerhalb dreier Tage** zu melden.

V. Die Veräumnis der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht; ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Stellungspflicht, d. h. von der Verpflichtung, in den Ersatzbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.

VI. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Wildbad, 9. Januar 1906.

Stadtschultheißenamt:
Bägnert.

Empfehle zu billigstem Tagespreis

stets frische und verschiedene Sorten

Fische.
Adolf Blumenhal.

Auf Freitag empfiehlt lebendfrische

Schellfische

Bermann Rußn.

An die Ortsvorsteher und Verwaltungsaktuar.

Durch Verfügung des K. Ministeriums des Innern vom 27. Dez. 1905, Reg.-Bl. S. 332, ist die **Umlage des Gebäudebrandschadens für das Kalenderjahr 1906** im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Brandversicherungskasse und die durchschnittliche Höhe der in den letzten Jahren angefallenen Brandschäden in der Weise bestimmt worden, daß bei den Gebäuden der dritten Klasse, welche die Regel und die Grundlage für die Berechnung des Beitrags in den höheren und niederen Klassen bildet (vgl. Verordnung vom 14. März 1853, § 12 c) der Beitrag von **Einshundert Mark Brandversicherungsanschlag elf Pfennig**

zu betragen hat. Ferner ist durch jene Verfügung angeordnet worden, daß je die Hälfte der Umlage auf 1. April und 1. August l. J. an die Brandversicherungskasse einzuliefern ist.

Es ist hienach in Gemäßheit der bestehenden Vorschriften für den rechtzeitigen Abschluß der Kataster-Revisions-Geschäfte und der Umlage in den einzelnen Gemeinden zu sorgen.

Die zu fertigenden Uebersichten sind **spätestens auf 5. März 1906** hieher einzulenden.

Reuenbürg, 8. Jan 1906.

K. Oberamt.
Hornung

Wildbad.

Freiwillige

Versteigerung von Grundstücken.

Auf Antrag der Erben des verstorbenen **Albert Friedrich Keim**, gewes. Privatier hier, kommen am

Mittwoch den 17. Januar ds. Js.
nachmittags 3 Uhr

auf dem Grundbuchamtzimmer folgende Grundstücke:

Gebäude Nr. A 70 B:

53 qm Wohnhaus und Hofraum an der Prinz Peter von Oldenburg-Straße.

Angekauft für 9100 M.

Gebäude Nr. A 49:

1 a 26 qm Scheuer und Hofraum im Hofgarten.

Angekauft für 2000 M.

Parzelle Nr. 857/858:

2 a 68 qm Gemüsegarten am Rappenberg

Angekauft für 2000 M.

im öffentlichen Aufstreich **lehtmals** zum Verkauf.

Kaufstübhaber sind eingeladen.

Den 9. Januar 1906.

K. Grundbuchamt

Siebler, Stv.

Wildbad.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer

ehelichen Verbindung

laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag den 13. Januar

in das **Hotel Maisch** abends zu einem Glas Wein freundl. ein und bitten, dies als persönl. Einladung anzunehmen.

Josef Bardoll

Luise Volz.

Die Trauung findet in Pforzheim statt.

Für Brautausstattungen

sowie bei sonstigem Bedarf von Möbeln empfehle ich zu **billigsten Preisen alle Sorten**

Polster- u. Schreinermöbel,
Betten u.s.w.

Es sollte daher Niemand versäumen, vor Einkauf von **Aussteuer-Möbel** mein großes Lager zu besichtigen und sich über die Ware und Preise zu informieren.

Eigene Polsterei und Schreinerei.

Reinhard Sickinger

Pforzheim

Möbel- und Aussteuergeschäft

Waisenhausplatz 8.

K. Forstamt Meistern in Wildbad.

Verkauf v. Eichenstammholz u. Nadelholzstangen

am Donnerstag den **18. Januar**, vorm. 10 Uhr in Wildbad auf dem Rathaus aus Staatswald Meistern Abt. 4, 7:

1 Eiche IIIa mit 2,33 Fm., 2 Eichen IV. mit 1,31 Fm.; aus Meistern Abt. 10, 18, 22, 27: Stück: Bau stangen: 232 Ia, 608 Ib, 488 II., 124 III. Kl.; Sag stangen: 209 I, 812 II., 647 III. Kl.; Hopfen stangen: 2328 I., 1632 II., 300 III., 1101 IV., 1204 V. Kl.; Reb stecken: 2351 I., 1160 II. Kl.; Bohnen stecken: 545.

Forstamt Wildbad.

Die Herstellung einer **Blockhütte** an der Saatschule 1 120 unterm Gustrich, beim Christofshof, wird am Mittwoch den **17. d. M.** morgens 8 Uhr, auf der Forstamtskanzlei im Alford vergeben.

Plan und Ueberschlag liegen auf der Forstamtskanzlei zur Einsicht auf.

Bücher- Revisor.

Praktischer **bilanzsicherer Buchhalter**, z. B. Nähe Wildbads, übernimmt noch

Bücherregulierungen
Abschlüsse und
Neueinrichtungen
doppelte und amerikanische
Buchführung.

Vorlagen für
Steuerreklamationen.

Prima Referenzen, strengste Dis-

cretion. Anfragen unter **K. G. 50** an die Exped. ds. Bl. erb. [277]

Eine Wohnung

bestehend aus 3 Zimmer mit reichlichem Zubehör per sofort oder auf 1. April zu vermieten. Wo, sagt die Exped. ds. Bl. [249]

2 geräumige

Werkstätten

sofort zu vermieten. Wo, sagt die Exped. ds. Bl. [278]

Turn-Verein

Wildbad.

Samstag den 13. Jan.

abends präzis 8 Uhr

Versammlung

im Lokal.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Rapid

Schnellglanzpulver à 10 und 20 Pfg. ist vortrefflich.
13 Anton Feinen.

Ev. Kirchenchor.

Heute abend

8 Uhr

Probe

Turnverein

Wildbad.

Jeden Dienstag u. Freitag

abends 8 Uhr

Turnstunde

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Turnrat.

